

458453-2025 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Ingenieurbüros – VgV Verfahren- Verkehrsanlagen -
Sanierung südl. Hauptstraße Sontheim a.d. Brenz
OJ S 132/2025 14/07/2025
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Gemeinde Sontheim an der Brenz

E-Mail: simone.bohsung@kohlergrohe.de

Rechtsform des Erwerbers: Von einer lokalen Gebietskörperschaft kontrollierte Einrichtung des öffentlichen Rechts

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: VgV Verfahren- Verkehrsanlagen - Sanierung südl. Hauptstraße Sontheim a.d. Brenz
Beschreibung: Die Hauptstraße der Gemeinde Sontheim an der Brenz stellt sich als langgestreckte, mittelfrequente Ortsdurchfahrt dar, welche im südlichen Bereich eine stärkere Kurvigkeit aufweist. Die Hauptstraße ist als klassifizierte Kreisstraße K 3023 ausgewiesen. Über die letzten Jahre wurde der nördliche Teil der Hauptstraße, in welchem sich die meisten Geschäfte und Gaststätten befinden, bereits vollumfänglich saniert. Die Gemeinde Sontheim ist nun um die Erneuerung des restlichen Teilstückes der südlichen Hauptstraße mit ca. 670m Länge bemüht. Der südliche Teil der Hauptstraße beginnt mit der Einmündung der Brunnengasse bis zur Einmündung Gundelfinger Straße. Dabei soll, neben der Modernisierung und Instandsetzung der bestehenden Bausubstanz, auch die funktionale und nutzungsgerechte Gestaltung der öffentlichen Freiräume überplant werden. Die notwendige Erneuerung der Straßendecke, erforderliche Sanierungsmaßnahmen am Mischwasser-Kanalnetz und an der Trinkwasserleitung, sowie der Wunsch der Anlieger und Nutzer der Hauptstraße nach einer Aufwertung, sind Gründe für die Neuplanung. Der verdolte Siechenbach kreuzt die Hauptstraße. Der Baubeginn ist für ca. Mitte 2026 vorgesehen, voraussichtliche Bauzeit ca. 25 Monate. Mit der Planung soll unmittelbar nach der Beauftragung begonnen werden. Für die Planung und Ausführung des Projekts wird nun jeweils mittels VgV-Verfahren mit Teilnahmewettbewerb ein Planer für Verkehrsanlagen gesucht nach §§ 45-48 HOAI LPH 3-9 sowie besondere Leistung die Örtliche Bauüberwachung. Die Beauftragung erfolgt jeweils stufenweise. Für die Überprüfung der Schnittstelle zur LPH 2, den Abschluss der Vorplanung kann mit der Angebotsabgabe die Prozentpunkte v.H. angegeben werden. Als weitere Besondere Leistungen für die Verkehrsanlagen sollen u.a. berücksichtigt werden: Markierung- und Beschilderungspläne sowie Koordination mit Anliegern und Gewerbebetrieben zum Bauablauf. Die geschätzten Nettobaukosten für die Verkehrsanlagen betragen ca. 2,14 Mio. €. Weitere Informationen siehe Ziffer 5.1. Die Verhandlungsgespräche finden voraussichtlich am 14.10.2025 statt.
Kennung des Verfahrens: 158dbd86-fd0c-45f4-8302-54c9c3106b3a
Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

2.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Heidenheim (DE11C)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Die für die Abgabe eines Teilnahmeantrags erforderlichen Unterlagen können mit und ohne Registrierung unter dem unter 5.1.11 angegebenen Link kostenlos angesehen und heruntergeladen werden. Teilnahmeanträge sind ausschließlich elektronisch über die unter 5.1.11 angegebene Vergabepattform in Textform i.S.v. § 53 Abs 1 VgV einzureichen. Es ist unzulässig, Teilnahmeanträge unmittelbar an die unter 8.1 angegebene Kontaktstelle zu senden. Rückfragen müssen ebenfalls über die unter 5.1.11 angegebene Vergabepattform gestellt werden. Die - anonymisierten - Rückfragen und Antworten und etwaige Änderungen und Ergänzungen der Unterlagen für das Vergabeverfahren werden nur auf der Vergabepattform unter dem unter 5.1.11 angegebenen Link zur Verfügung gestellt. Alle Interessenten müssen sich daher regelmäßig selbst unter dem angegebenen Link informieren, ob Rückfragen und Antworten, Änderungen oder Ergänzungen zur Verfügung eingestellt wurden, die dann bei der Erstellung der Teilnahmeanträge zu beachten sind. Für die Erstellung der Teilnahmeanträge wird keine Kostenerstattung gewährt.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: Die nachfolgenden Eigenerklärungen sind vom Bewerber, bei Bewerbergemeinschaften von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft, anzugeben: Eigenerklärung, dass im Fall einer Beauftragung eine Berufshaftpflichtversicherung mit angemessenen Deckungssummen für Personenschäden und für Sach- und Vermögensschäden abgeschlossen wird. Die Deckung muss über die Vertragslaufzeit uneingeschränkt erhalten bleiben. Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe i.S.v. § 123 Abs. 1 bis 3 GWB vorliegen. Eigenerklärung, dass das Unternehmen seine Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit es der Pflicht zur Beitragszahlung unterfällt, ordnungsgemäß erfüllt hat (§ 123 Abs. 4 GWB). Angaben zu Insolvenzverfahren und Liquidation (§ 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB). Eigenerklärung, dass bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen wurde (§ 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB). Eigenerklärung, dass im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen wurde, durch die die Integrität des Unternehmens in Frage gestellt wird (§ 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB). Eigenerklärung, dass mit anderen Unternehmen keine Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt wurden, die eine Verhinderung, eine Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken (§ 124 Abs. 1 Nr. 4 GWB). Eigenerklärung, dass für das Unternehmen kein Ausschlussgrund i.S.v. § 21 Abs.1 des Arbeitnehmerentsendegesetzes (AEntG), §98c des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG), § 19 Abs. 1 des Mindestlohngesetzes

(MiLoG) oder § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes (Schwarz-ArbG) vorliegt. Die öffentliche Auftraggeberin behält sich vor, zu prüfen, ob weitere fakultative Ausschlussgründe im Sinne von §§ 124 bis 126 GWB vorliegen, zu denen keine Eigenerklärung gefordert wird, und gegebenenfalls Bewerber/ Bewerbergemeinschaften, bei denen fakultative Ausschlussgründe vorliegen, auszuschließen. Eigenerklärung "Verbot Beteiligung russischer Unternehmen" nach Maßgabe des 5. EU-Sanktionspakets in Verbindung mit Artikel 5k der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr.833/2014. Die Vergabestelle behält sich ferner vor, für Bewerber/Mitglieder von Bewerbergemeinschaften/Nachunternehmer selbst beim Gewerbezentralregister einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister nach § 150 a Abs.1 Nr.4 GewO anzufordern. Der öffentliche Auftraggeber kann den Bewerber auffordern, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise nachzureichen. Alle Nachweise und Erklärungen sind in deutscher Sprache abzufassen (bei fremdsprachigen Dokumenten in deutscher Übersetzung). Bei Bietergemeinschaften sind die Nachweise und Erklärungen von allen Mitgliedern zu erbringen. Erklärungen, Versicherungen und Nachweise, soweit diese auf Verlangen der Vergabestelle vorzulegen sind, führen bei Nichtvorlage zum Ausschluss. Die Vergabestelle behält sich vor, die nachträgliche Vorlage von Originalen oder beglaubigten Abschriften zu verlangen.

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: VgV Verfahren- Verkehrsanlagen - Sanierung südl. Hauptstraße Sontheim a.d. Brenz
Beschreibung: Die Hauptstraße in Sontheim stellt sich als langgestreckte, mittelfrequente Ortsdurchfahrt dar, welche im südlichen Bereich eine stärkere Kurvigkeit aufweist. Über die letzten Jahre wurde der nördliche Teil der Hauptstraße, in welchem sich die meisten Geschäfte und Gaststätten befinden, bereits vollumfänglich saniert. Aufgrund der fehlenden öffentlichen Parkmöglichkeiten werden die PKW's öfter auf der Straße geparkt. Dies führt insbesondere in den Kurven zu unübersichtlichen Situationen. Die Hauptstraße bietet im südlichen Teil wenig Aufenthaltsqualität. Sie weist bisher einen geringen Straßenbaumbestand auf. Die sonstige Grünstruktur wird hauptsächlich durch die Vorgartengestaltung bestimmt. Gewünscht ist eine Begrünung mit Bäumen vorzusehen. Die Planung der Bepflanzung und der Stadtmöblierung bzw. der Ausstattungen soll mit der Planung erfolgen. Die Hauptstraße ist als klassifizierte Kreisstraße K 3023 ausgewiesen. Durch die, vor einigen Jahren in Betrieb genommene Teilumfahrung, „Osttangente“ hat sich der Verkehr, insbesondere der Schwerverkehr, auf der Hauptstraße reduziert. Die örtliche Buslinie führt ebenfalls durch die Hauptstraße. 2023 wurde die Maßnahme als Sanierungsgebiet „Südliche Hauptstraße“ in das Landessanierungsprogramm des Landes Baden-Württemberg aufgenommen. Von Seiten der Städtebauförderung wurde die Bereitstellung von Fördermitteln eine planerische Gesamtkonzeption als Grundlage gefordert. Die Vorplanung der Verkehrsanlage (inkl. LP 2) wurde vom Büro Gansloser aus Hermaringen erbracht. Die Planung sieht einen Ausbauquerschnitt von 6,75m vor und eine Trennung von Gehweg und Fahrbahn mittels einer Beton-Muldenrinne innerhalb der Fahrbahn. Diese Vorplanung wird in der 2. Phase der Angebotsaufforderung zur Verfügung gestellt und soll der Planung zugrunde gelegt werden. Weitere Informationen siehe Ziffer 2.1.
Interne Kennung: LOT-0001 E97738226

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Sontheim a. d. Brenz

Land, Gliederung (NUTS): Heidenheim (DE11C)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Andere Laufzeit: Unbekannt

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#, #Besonders auch

geeignet für:startup#, #Besonders auch geeignet für:other-sme#, #Besonders auch geeignet für:selbst#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Jeder Bewerber und jedes Mitglied einer
Bewerbergemeinschaft und jeder Nachunternehmer im Falle der Eignungsleihe müssen mit
dem Teilnahmeantrag folgende Eigenerklärung abgeben: Eigenerklärung zur
durchschnittlichen Anzahl der Mitarbeiter im Bereich der zu vergebenden Leistungen in den
letzten drei Jahren. Insgesamt 10%, 50 mögliche Punkte.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens
eingeladen werden sollen

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 10,00

Kriterium: Durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Jeder Bewerber und jedes Mitglied einer
Bewerbergemeinschaft und jeder Nachunternehmer im Falle der Eignungsleihe müssen mit
dem Teilnahmeantrag folgende Eigenerklärung abgeben: Eigenerklärung über den Umsatz
(netto) im Bereich der zu vergebenden Leistungen in den letzten drei Jahren. Insgesamt 10%,
50 mögliche Punkte.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens
eingeladen werden sollen

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 10,00

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Die technische Leistungsfähigkeit wird insgesamt mit
80% bzw. mit 400 möglichen Punkten gewertet. Die qualitative Bewertung der technischen
Leistungsfähigkeit erfolgt auf Grundlage der vorgelegten Referenzblätter und den Angaben in
den Formblättern. Die technische Leistungsfähigkeit wird insgesamt mit 80% gewertet (max.
400 Punkte), davon die qualitative Bewertung der Referenzprojekte: Referenz A: max. 200

Punkte (40%); Referenz B: max. 200 Punkte (40%). Der Nachweis der Referenz A ist zwingend erforderlich, Referenz B ist optional. Für Referenz A und B kann jeweils nur 1 Projekt gewertet werden. Mehrfachnennungen sind nicht möglich. Die Referenzen müssen im Büro des Bewerbers erbracht worden sein. Insgesamt können bei Berücksichtigung aller Kriterien 500 Punkte erreicht werden. Die Nichterfüllung einer Mindestanforderung führt zum Ausschluss des Bewerbers aus dem Verfahren. Jedes Auswahlkriterium wird abhängig von den durch den Bewerber gemachten Angaben z.B. mit 0 - 5 Punkte bewertet. Die vom Bewerber bei einem Kriterium erreichte Punktzahl ergibt sich durch Multiplikation der jeweiligen Bewertungsziffer mit der Wichtung des Kriteriums. Die Gesamtpunktzahl des Bewerbers ergibt sich durch Addition aller erreichten Punktzahlen der Einzelkriterien in der Auswahlphase. Es werden die 3 Bewerber mit der höchsten Punktzahl ausgewählt. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien zu hoch, kann die Auswahl unter den verbliebenen Bewerbern durch Los getroffen werden. Die Bewertung erfolgt durch ein Auswahlgremium. Referenz A (zwingend): Nachweis Verkehrsanlagen eines realisierten Projekts vergleichbar mit der Aufgabenstellung (Sanierung einer klassifizierten Straße als Ortsdurchfahrt) Kriterien der Vergleichbarkeit in absteigender Reihenfolge der Bewertung: Trassenlänge ca. 670m, Verkehrsanlagen für den Fußverkehr, Parkierungstreifen und Begrünung sowie Busverkehr. Mindestanforderungen: - Umbau/Sanierung einer klassifizierten Straße als Ortsdurchfahrt - Projektgröße: Trassenlänge mind. 300m - Nettobaukosten: Verkehrsanlagen mind. 1,0 Mio. € - Leistungszeitraum 2017 – 2025, fertiggestellt, d.h. LP 8 abgeschlossen. - Durchführung der wesentlichen Leistungsphasen (mind. 2 -3, 5-8) im Unternehmen des Bewerbers Darstellung auf einem Projektblatt DIN A4: Aussagekräftige grafische und textliche Erläuterungen zum Projekt und zu projektspezifischen Besonderheiten. Abbildung min. 1 Foto (keine Renderings) des Bauwerks zum Nachweis der Realisierung. Referenz B (optional): Nachweis Verkehrsanlagen eines realisierten Projekts vergleichbar mit der Aufgabenstellung (klassifizierte Straße) (Kriterien der Vergleichbarkeit in absteigender Reihenfolge der Bewertung: Trassenlänge ca. 670m, Verkehrsanlagen für den Fußverkehr, Parkstreifen und Busverkehr) Mindestanforderungen: - klassifizierte Straße - Projektgröße: Trassenlänge mind. 300m - Nettobaukosten: Verkehrsanlagen mind. 1,0 Mio. € - Leistungszeitraum 2017 – 2025, fertiggestellt, d.h. LP 8 abgeschlossen. - Durchführung der wesentlichen Leistungsphasen (mind. 2 -3, 5-8) im Unternehmen des Bewerbers Darstellung auf einem Projektblatt DIN A4: Aussagekräftige grafische und textliche Erläuterungen zum Projekt und zu projektspezifischen Besonderheiten. Abbildung min. 1 Foto (keine Renderings) des Bauwerks zum Nachweis der Realisierung. Die Bewertung erfolgt durch ein Auswahlgremium.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 80,00

Kriterium: Eintragung in ein relevantes Berufsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Teilnahmeberechtigt sind natürliche, bzw. juristische Personen, die gemäß Rechtsvorschrift ihres Heimatstaates zum Tage der Bekanntmachung zur Führung der Berufsbezeichnung Ingenieur der Fachrichtung Verkehrsanlagen berechtigt sind. Ist in dem Herkunftsstaat des Bewerbers die Berufsbezeichnung nicht gesetzlich geregelt, so erfüllt die fachlichen Anforderungen, wer über ein Diplom, Prüfungszeugnis oder sonstigen Befähigungsnachweis verfügt, dessen Anerkennung gemäß der Richtlinie 2005/36 /EG – „Berufsanerkennungsrichtlinie“ – gewährleistet ist. Bei juristischen Personen sind die fachlichen Anforderungen erfüllt, wenn zu ihrem satzungsgemäßen Geschäftszweck Planungsleistungen gehören, die der anstehenden Planungsaufgabe entsprechen, und wenn

der bevollmächtigte Vertreter der juristischen Person erfüllt, die an natürliche Personen gestellt werden. Arbeitsgemeinschaften natürlicher und juristischer Personen sind ebenfalls teilnahmeberechtigt, wenn jedes Mitglied der Arbeitsgemeinschaft teilnahmeberechtigt ist. Mehrfachbewerbungen natürlicher oder juristischer Personen oder von Mitgliedern von Arbeitsgemeinschaften führen zum Ausschluss der Beteiligten. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Projektorganisation

Beschreibung: Projektorganisation

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 20

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Projekteinschätzung und Vorgehensweise durch den Projektleiter:in

Beschreibung: Projekteinschätzung und Vorgehensweise durch den Projektleiter:in

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 35

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Projektmanagement

Beschreibung: Projektmanagement

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 35

Kriterium:

Art: Kosten

Bezeichnung: Honorarangebot

Beschreibung: Honorarangebot

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 10

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.subreport.de/E97738226>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.subreport.de/E97738226>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 11/08/2025 10:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Eine Nachforderung von Unterlagen liegt im Ermessen des Auftraggebers und wird entsprechend VgV festgelegt.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform: Von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft ist dem Teilnahmeantrag eine Erklärung beizulegen, dass die Mitglieder der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haften. Es muss ein allein vertretungsberechtigter bevollmächtigter Vertreter benannt werden, der durch eine unterschriebene Erklärung aller Mitglieder der Bewerbergemeinschaft legitimiert ist. Es wird darauf hingewiesen, dass Bietergemeinschaften, deren Mitglieder sich mehrfach - sei es als einzelnes Unternehmen, Bietergemeinschaft oder Nachunternehmer - an diesem Vergabeverfahren beteiligten, wegen Verstoßes gegen das Wettbewerbsprinzip ausgeschlossen werden bzw. aus diesem Grund bereits bei der Aufforderung zur Angebotsabgabe unberücksichtigt bleiben können. Für jeden Bewerber/jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft und für jeden Nachunternehmer muss die Verpflichtungserklärung Mindestentgelt nach dem Landestariftreue- und Mindestlohngesetz Baden- Württemberg entweder mit dem Teilnahmeantrag oder spätestens mit dem Erstangebot abgegeben werden.

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Informationen über die Überprüfungsfristen: Um eine Korrektur des Vergabeverfahrens zu erreichen, kann ein Nachprüfungsantrag bei der Vergabekammer Baden-Württemberg gestellt werden, solange die Vergabestelle noch keinen wirksamen Zuschlag erteilt hat. Ein wirksamer Zuschlag kann erst erteilt werden, nachdem die Vergabestelle die unterlegenen Bieter über die beabsichtigte Zuschlagserteilung mit den nach 3 134 GWB erforderlichen Angaben informiert hat und 15 Kalendertage bzw. bei Versendung der Informationen per Fax oder auf elektronischem Weg 10 Kalendertage vergangen sind (§§134,135 GWB). Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig, wenn der Antragsteller die geltend gemachten Verstöße gegen Vergabevorschriften bereits vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber der Vergabestelle nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat bzw. wenn der Antragsteller Vergabeverstöße, die bereits aufgrund der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der

Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gerügt hat. Ferner ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§160 Abs. 3 GWB).

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Gemeinde Sontheim an der Brenz

Registrierungsnummer: Berichtseinheit-ID 00012688

Postanschrift: Brenzer Str. 25

Stadt: Sontheim an der Brenz

Postleitzahl: 89567

Land, Gliederung (NUTS): Heidenheim (DE11C)

Land: Deutschland

Kontaktperson: kohler grohe architekten, Verfahrensbetreuer, Kontakt: Simone Bohsung

E-Mail: simone.bohsung@kohlergrohe.de

Telefon: 0711 76963932

Internetadresse: <http://www.sontheim-brenz.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Registrierungsnummer: 08-A9866-40

Stadt: Karlsruhe

Postleitzahl: 76137

Land, Gliederung (NUTS): Karlsruhe, Stadtkreis (DE122)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: bf5a2d56-2435-41a4-b4fb-6dc4536fb1ed - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 10/07/2025 10:44:22 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 458453-2025

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 132/2025

Datum der Veröffentlichung: 14/07/2025